



---

## **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung**

47. Sitzung (öffentlich)

1. Dezember 2004

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:10 Uhr

Vorsitz: Klaus Strehl (SPD)

Stenografin: Dr. Hildegard Müller

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften**  
**hier: Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen**  
**Anhörung zum Landeswassergesetz gemäß § 32 der Ge-**  
**schäftsordnung**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6222

1

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von zwei CDU-Mitgliedern bei Enthaltung der restlichen CDU-Mitglieder und der FDP wird beschlossen, am 17. Januar 2005, 10 Uhr, eine Anhörung durchzuführen.

- 2 Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6101

1

Mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP beschließt der Ausschuss, am 19. Januar 2005 eine Anhörung durchzuführen.

- 3 Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband (AAV)** 2  
Ministerin Bärbel Höhn gibt einen Sachstandsbericht.
- 4 Stand der Versuche zu neuen Formen der Sammlung von Siedlungsabfällen** 3  
Der Bericht der Ministerin wird mit Vorlage 13/3087 gegeben.
- 5 Umsetzung des Gesetzes über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG) in Nordrhein-Westfalen und Auswertung des Gesetzgebungsverfahrens** -  
Die Ministerin berichtet mit Vorlage 13/3099.
- 6 Landesregierung muss tragfähiges Konzept für die Burg Vogelsang vorlegen**  
Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6166 4  
Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Enthaltung der FDP - bei Abwesenheit der CDU -, kein Votum abzugeben.
- 7 Die Landesregierung muss jährlich einen Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens vorlegen**  
Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/6240 -  
Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von SPD, FDP und Grünen einstimmig - bei Abwesenheit der CDU -, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

**8 Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Katastermodernisierungsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6183

-

Der Ausschuss kommt - bei Abwesenheit der CDU - überein, die Anhörung im Innenausschuss abzuwarten.

**9 Ein Land - zwei Nationalparks: Nationalpark Senne voranbringen!**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/6219

5

Der Antrag der Koalitionsfraktionen wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP - bei Abwesenheit der CDU - angenommen.

Der Entschließungsantrag der FDP Drucksache 13/6281 wird mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der FDP - bei Abwesenheit der CDU - abgelehnt.

**Nächste Sitzung:** 17. Januar 2005

\*\*\*\*\*



## Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt Vorsitzender Klaus Strehl** auf Bitten von Ministerin Bärbel Höhn vor, die Tagesordnung um einen Sachstandsbericht zum Thema "Altlastensanierungsverband (AAV)" zu erweitern, weil sich daraus Konsequenzen in Bezug auf ein Gesetzgebungsverfahren ergeben könnten. - Der **Ausschuss** kommt überein, dieses Thema als TOP 3 zu behandeln.

### 1 **Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften** hier: **Beschlussfassung über die Durchführung einer öffentlichen Anhörung zum Landeswassergesetz gemäß § 32 der Geschäftsordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/6222

**Vorsitzender Klaus Strehl** teilt mit, der Gesetzentwurf sei vom Plenum in seiner Sitzung am 24. November 2004 an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung - federführend -, an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz, den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie den Ausschuss für Kommunalpolitik zur Mitberatung überwiesen worden.

Zum avisierten Termin der Anhörung, dem 17. Januar 2005, verweist **Hans Peter Lindlar (CDU)** auf die Terminenge. Die CDU habe nur einen Mitarbeiter, um die Vorbereitungen für die Anhörung zu bewältigen. Deshalb trete sie für einen späteren Termin Ende Januar oder Anfang Februar ein und sichere ausdrücklich zu, dass sie nicht beabsichtige, die rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes mit Verfahrenstricks wie einer dritten Lesung zu verhindern. Diese nicht angemessene Hektik erschwere der Opposition unnötig die Wahrnehmung ihrer Verpflichtungen. Die CDU bestehe darauf, nach Zugang des Protokolls ausreichend Zeit zu haben, die Anhörung auszuwerten.

**Abstimmungsergebnis** siehe **Beschlussprotokoll**.

### 2 **Neufassung des Landesplanungsgesetzes (LPIG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/6101

**Vorsitzender Klaus Strehl** teilt mit, der Gesetzentwurf der Landesregierung sei vom Plenum in seiner Sitzung am 11. November 2004 an den Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung - federführend - sowie an weitere Fachausschüsse zur Mitberatung überwiesen worden. - Mit Vorlage 13/3097 liege zur Arbeitserleichterung eine inhaltlich-synoptische Darstellung der Neufassung des Landesplanungsgesetzes vor.

Falls eine öffentliche Anhörung gewünscht werden sollte, schlage er als Termin den 19. Januar 2005, 10 Uhr, vor.

**Heinz Sahnen (CDU)** beantragt eine Anhörung. - **Dr. Friedrich Wilke (FDP)** tritt ebenfalls für eine Anhörung ein, bittet aber dringend, diese erst im Februar durchzuführen, damit nicht innerhalb weniger Tage zwei Anhörungen vorzubereiten seien.

**Dr. Bernhard Kasperek** ist der Auffassung, dass die Anhörung so früh wie möglich durchgeführt werden müsse, um für die Auswertung genügend Zeit zu haben und vielleicht sogar im Ausschuss zwei Lesungen durchzuführen. Für die Anhörungen selbst seien doch die Sachverständigen gefordert. - **Johannes Rimmel (GRÜNE)** unterstützt diesen Vorschlag.

**Heinz Sahnen (CDU)** macht deutlich, dass die CDU nicht in der Lage sei, so kurzfristig zwei umfangreiche Anhörungen vorzubereiten, da ihr lediglich ein Mitarbeiter zur Verfügung stehe. Es gehe ja auch darum, zielorientierte Fragen zu stellen.

**Hans Peter Lindlar (CDU)** schlägt als Anhörungstermin den 16. Februar vor. Die CDU werde einer Anhörung am 19. Januar nicht zustimmen. Falls dieser Termin trotzdem durchgesetzt werde, werde die CDU dies als Affront auffassen.

**Dr. Bernhard Kasperek (SPD)** bietet an, die Anhörung um eine Woche zu verschieben. Sonst werde man es nicht schaffen, das Landesplanungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden.

Auf die Frage des **Vorsitzenden**, ob der 25. Januar 2005 allgemeine Zustimmung finde, antwortet **Hans Peter Lindlar (CDU)**, die CDU bestehe auf dem 16. Februar 2005.

Der **Ausschuss** fasst mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP den Beschluss, am 19. Januar 2005 eine Anhörung durchzuführen.

**Hans Peter Lindlar (CDU)** teilt mit, die CDU mache ihre Verärgerung über diese nicht akzeptable Art des Verfahrens dadurch deutlich, dass sie die Sitzung verlassen und an der weiteren Beratung nicht teilnehmen werde.

(Die CDU verlässt geschlossen die Sitzung.)

### **3 Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband (AAV)**

**Ministerin Bärbel Höhn** gibt einen Sachstandsbericht:

Ich hatte den Ausschussvorsitzenden gebeten, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Sie wissen, dass wir in der Vergangenheit sehr häufig über den